

**Regionalforum: Assoziierungsabkommen EU - Zentralamerika
Panama 13. und 14. September 2006**

**Themenblock: Interessen, Positionen und Konditionen für die
Verhandlungen seitens der EU**

Norbert Glante MdEP

**Politische Interessen der EU und interparlamentarische
Konzentrationsmechanismen im Rahmen der Verhandlungen**

Sehr geehrter Herr Außenminister Navarro (falls anwesend),

Sehr geehrter Herr Präsident Palacios (Präsident Regionalparlament ZA)
Sehr geehrte Frau Mosca (KOM)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten der nationalen und
regionalen Parlamente

Sehr geehrte Herren Balbis und Storck,

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich meine Rede mit einem Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung und der ALOP (Asociation Latinoamericana de Organizaciones de Promocion) für die Einladung und die Organisation dieses Regionalforums beginnen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Art von Veranstaltung eine überaus wichtige Bedeutung für den Integrationsprozess in Zentralamerika hat und ich hoffe sehr, dass fruchtbare Impulse von diesem Forum ausgehen werden.

Umso mehr freue ich mich, Ihnen als Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Mitglied der Gemischtparlamentarischen Delegation EU - Chile sowie stellvertretendes Mitglied der Delegation EU - Mercosur einleitend die politischen Interessen der Europäischen Union im Assoziierungsprozess darzustellen. Im Weiteren werde ich mich aber

konzentrieren auf die Bedeutung der Parlamente insbesondere mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung aller gesellschaftlichen Ebenen. Ich möchte dazu die Entwicklung der Europäischen Union als Beispiel heranziehen.

Lassen Sie mich mit den politischen Interessen der EU beginnen.

Die Europäische Union ist ständig bestrebt, als Akteur auf der internationalen Ebene ihre Beziehungen zu den ihr am nächsten stehenden Partnern zu festigen. An erster Stelle ist hier Lateinamerika zu nennen, mit dem wir unser Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Multilateralismus teilen. Für kaum eine andere Region der Welt gibt es so viele Gründe, ein echtes Bündnis zu schmieden. Beide Regionen haben dieselben geschichtlichen Wurzeln und eine ähnliche Kultur und können sich somit untereinander besser verstehen als mit anderen Regionen.

Die Kooperationspolitik der Europäischen Union gegenüber Lateinamerika beruht rechtlich auf dem Artikel 177 EG-Vertrag über die Entwicklungszusammenarbeit. Allgemein betrachtet findet diese in Ergänzung der entsprechenden nationalen Politiken der Mitgliedstaaten statt und zielt auf eine nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer, die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern ab. Sie fördert ebenfalls die Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die meisten Staaten Lateinamerikas haben sich für demokratische Systeme entschieden und sie haben ehrgeizige wirtschaftliche und soziale Reformen eingeleitet. Die Region hat ein immenses Entwicklungspotenzial und spielt auf internationaler Ebene eine immer wichtigere Rolle. Wie aus einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen über die Millenniums-Entwicklungsziele hervorgeht, hat sie allerdings auch große Herausforderungen zu bewältigen. Die EU hat es sich zum Ziel gesetzt, zur Verstärkung von Stabilität und Sicherheit und zu einer nachhaltigen Entwicklung in Lateinamerika beizutragen. Mit den überseeischen Gebieten einiger EU-Mitgliedstaaten ist die Europäische Union in der Region vertreten. Diese räumliche Nähe versucht sie zu nutzen, um die Zusammenarbeit mit Lateinamerika zu verbessern und neuen Entwicklungen im lateinamerikanischen Integrationsprozess Rechnung tragen.

Die politischen Interessen der EU erwachsen nicht zuletzt aus bedeutenden wirtschaftlichen Verflechtungen der beiden Regionen. So ist die EU in Lateinamerika zum größten ausländischen Investor geworden. Sie ist in der Region der wichtigste Geldgeber und der wichtigste Handelspartner vieler Länder, insbesondere des Mercosur.

Es ist unser Ziel, wirksame sektorale Dialoge einzuführen wie zum Beispiel über den sozialen Zusammenhalt oder Umweltfragen, um so Ungleichheiten zu verringern und die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Darüber hinaus soll die Schaffung eines stabilen und vorhersehbaren Rahmens unterstützt werden, der den lateinamerikanischen Ländern ermöglicht, mehr europäische Investitionen auf sich zu lenken, die auf längere Sicht zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Darüber hinaus ist die EU

ständig bemüht, das gegenseitige Verständnis über Bildung und Kultur zu fördern.

Diese Politik erfordert ein anhaltendes Engagement und kontinuierliche Bemühungen beider Seiten.

Voraussetzung hierfür ist der politische Dialog. Die vier Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik (1999 in Rio, 2002 in Madrid, 2004 in Guadalajara und 2006 in Wien) sind Ausdruck der politischen Bemühungen diesen Dialog zu verstärken. Die EU und Lateinamerika haben sich auf dem Gipfel von Rio verpflichtet, eine biregionale strategische Partnerschaft zu entwickeln, die darauf abzielt, intensive Beziehungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur aufzubauen. Ihre Zielsetzungen für die kommenden Jahre bestehen darin, eine verstärkte strategische Partnerschaft mit Hilfe eines Geflechts von Assoziationsabkommen (einschließlich Freihandelsabkommen) zu begründen, in die alle Länder der Region einbezogen sind und die zur Integration der gesamten Region beitragen kann. Mit den geplanten Assoziationsabkommen mit den Teilregionen (Mercosur, Andengemeinschaft und Zentralamerika) und der Vereinbarung über eine Wirtschaftspartnerschaft mit den karibischen Staaten will die EU außerdem dem Integrationsprozess in der Region neue Impulse verleihen.

Lassen Sie mich nun ein paar Worte zum Thema Integration sagen. Ich möchte dabei aus meiner persönlichen Erfahrung als Europapolitiker sprechen und den europäischen Integrationsprozess als Vorbild bzw. Beispiel heranziehen. Am Anfang der europäischen Einigung standen die Erkenntnis und der Wille, dass nach einer so zerstörerischen und

furchtbaren Erfahrung wie dem Zweiten Weltkrieg eine friedliche Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann. Es wurde damit begonnen, wichtige - kriegswichtige - Industrien zu vergemeinschaften und es entstand eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl aus sechs Mitgliedstaaten. Wenige Jahre später wurden die Bereiche, in denen die Staaten zusammenarbeiten wollen ausgeweitet und es entstand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Organen wie der parlamentarischen Versammlung, einem Ministerrat und einer Kommission als Initiativorgan. Die Zusammenarbeit war zunächst weitestgehend intergouvernemental und blieb lange Zeit auch auf wirtschaftliche Fragen beschränkt. Mit der Zeit entwickelte sich die Gemeinschaft allerdings zunehmend zu einer Wertegemeinschaft und mit der steigenden Zahl von Mitgliedstaaten ging der Wunsch nach einer gesellschaftspolitischen Vertiefung der Beziehungen und einer politischen Union einher. Von den heute 25 Mitgliedstaaten haben zwölf Länder eine gemeinsame Währung. Die Europäische Union ist dabei sich eine Verfassung zu geben und auch wenn, wie sie vielleicht wissen, der Prozess derzeit etwas ins Stocken gekommen ist, so wird dennoch der Grad der Integration deutlich, den wir in der Europäischen Union erreicht haben. Die Probleme, die es derzeit im Ratifizierungsprozess für die Europäische Verfassung gibt, hat allerdings auch Gründe, die mit der relativ schnellen Entwicklung zu tun haben. Ich möchte später noch einmal auf diesen Punkt zurückkommen.

Trotz dieser, wie soll ich es sagen - kleinen Krise - die die EU derzeit erlebt, ist die Europäische Union dennoch ein in der Welt einzigartiges Erfolgsmodell, das seinen Bürgerinnen und Bürgern über die letzten Jahrzehnte Frieden, Wohlstand und Sicherheit gebracht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,
meine kurze Beschreibung von der Entwicklung der Europäischen Union kann an dieser Stelle natürlich nicht mehr sein, als ein kleiner Abriss über die einzelnen Schritte der Integration. Ich möchte aber einen Aspekt herausgreifen, der mir als Parlamentarier besonders am Herzen liegt und von dem ich auch glaube, dass er für die Integration in Zentralamerika von großer Bedeutung ist.

Der Übergang von einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Union begann bereits in den 70er Jahre. Der erste wichtige Schritt dahin war der Übergang von der parlamentarischen Versammlung, in die die Mitgliedstaaten nationale Abgeordnete entsandt hatten zu einem Europäischen Parlament, das 1979 erstmal direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurde. Zu der damit gestiegenen politischen Bedeutung kamen Ende der 80er Jahre und noch einmal Ende der 90er Jahre weit reichende Befugnisse hinzu, die das Europaparlament heute zu einem gleichwertigen Gesetzgeber mit Haushalts-, Kontroll- und Legislativrecht neben dem Ministerrat, also den Vertretern der Mitgliedstaaten, macht. Die Sitzverteilung richtet sich nach der Bevölkerungsgröße des jeweiligen Mitgliedstaates. Mit seinen 732 Abgeordneten aus 25 Mitgliedstaaten ist das Europäische Parlament das einflussreichste Regionalparlament der Welt.

Ich sage das hier nicht, weil ich Mitglied dieses Parlamentes bin, sondern weil ich Ihnen gern aufzeigen möchte, wie wichtig die Parlamentarisierung für einen erfolgreichen Integrationsprozess ist. Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments vertrete ich in erster Linie die europäischen Interessen und erst in zweiter Linie sind es die spezifischen

Interessen meines Wahlkreises, dem Land Brandenburg oder eben meines Heimatlandes der Bundesrepublik Deutschland. Die Positionsfindung findet im Rahmen von politischen Fraktionen statt, hinter denen Europäische Parteien stehen. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass das Europaparlament tatsächlich Entscheidungen trifft, die eine gesamteuropäische Bedeutung haben und die die Integration vorantreiben. Der direkte Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern findet vor Ort im Wahlkreis statt und fließt wie gesagt ebenfalls in die Entscheidungsfindung ein.

Darüber hinaus gibt es auch noch eine Reihe anderer Gremien, die die parlamentarische Arbeit unterstützen und einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Ich spreche von den offiziellen Organen der Vertreter der Zivilgesellschaft und den diversen NGOs, ohne die eine erfolgreiche europapolitische Arbeit nicht möglich wäre. Zu den offiziellen Organen zählt der Ausschuss der Regionen, der als politische Versammlung die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge der EU vertritt sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in dem die europäischen Sozialpartner (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Verbraucherverbände usw.) als Sprachrohr aus den verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Interessengruppen aus den Mitgliedstaaten fungieren. Beide Gremien haben gegenüber dem Ministerrat und der Europäischen Parlament eine beratende Funktion. Auf diese Weise werden die Belange der Zivilgesellschaft auf institutionalisierte Weise in die europäische Gesetzgebung eingebunden und nur so ist auch eine Akzeptanz und eine Identifikation der Bevölkerung mit den Entscheidungen auf europäischer Ebene zu gewährleisten.

An dieser Stelle muss ich noch einmal zurückkommen auf die vorhin bereits angedeutete Krise der Europäischen Union, wobei ich das Wort Krise nicht überbetonen möchte. Wir befinden uns derzeit in der schwierigen Situation, dass ein Teil der Bevölkerung die Bedeutung der Integration und die Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht mehr mit nachvollzieht bzw. unterstützt. Das hat beispielsweise zur Ablehnung des Europäischen Verfassungsentwurfes in zwei unserer Mitgliedstaaten geführt. Der Grund für die Ablehnung war schlussendlich aber nicht eine Ablehnung der europäischen Idee oder der Europäischen Integration sondern ein Protest gegen die nicht immer gelingende Einbindung breiter gesellschaftlicher Gruppen und Schichten. Die hohe Entwicklungsgeschwindigkeit ist sicher ein weiterer Grund dafür, warum es der Europäischen Union im Moment weniger gut gelingt seine Integration voranzutreiben.

Umso wichtiger ist die Rolle die dem Europäischen Parlament als direkt gewähltem Organ und damit einzigem demokratischen Bindeglied zwischen den Institutionen der EU und der Bevölkerung sowie die institutionalisierte Einbeziehung der zivilgesellschaftlicher Vertreter in den Entscheidungs- und Integrationsprozess zukommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch kurz auf meine Arbeit als Mitglied in der Gemischtparlamentarischen Delegation EU - Chile zu sprechen kommen. Wie sie wissen hat die EU bereits ein Assoziationsabkommen mit Chile geschlossen. Aus diesem Grund gibt es anders als für Zentralamerika für Chile eine gemischte Parlamentariergruppe aus chilenischen und Europaabgeordneten. Wir treffen uns regelmäßig einmal im Jahr in Chile und einmal in Brüssel.

Dabei werden sowohl aktuelle politische Themen von chilenischer und europäischer Seite besprochen. Thema ist auch immer die Umsetzung des Assoziierungsabkommens. Auf diese Weise haben wir einen intensiven politischen Dialog etabliert, den nach meiner persönlichen Erfahrung für beide Seite sehr schätzen und sehr wertvoll für die Umsetzung des Abkommens ist. Ich kann ihnen daher nur dringend empfehlen die parlamentarische Komponente schon in die Verhandlung über das Assoziierungsabkommen einzubeziehen. Das Zentralamerikanische Parlament Parlacen könnte dabei nach meinem Dafürhalten eine zentrale Rolle spielen und wäre sicherlich ein adäquater politischer Ansprechpartner für die EU und das Europäische Parlament. Mir ist bekannt, dass die geplanten Reformen bezüglich des Parlacen eher in eine andere Richtung steuern. Ich würde aber trotzdem gern den Wunsch und den Ratschlag äußern, dass das Parlacen ähnlich wie das Europaparlament eine Entwicklung erfährt, die mehr in Richtung Bürgerbeteiligung und mehr politischer Integration verläuft. Die Integration in Zentralamerika kann meiner Ansicht nach nur erfolgreich sein, wenn dies gelingt. Ich glaube auch, dass eine parlamentarische Dimension der strategischen Partnerschaft EU - Zentralamerika neue Impulse verleihen würde.

Ich hoffe meine Ausführungen haben ihnen einerseits einen Weg gezeigt, wie man Integration schaffen kann und andererseits auch die Probleme und Herausforderungen dargelegt, die ein solcher Prozess mit sich bringt. Für die Gestaltung der Zukunft Zentralamerikas wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Erfolg und Ausdauer. Was die Europäische Union dazu beitragen kann, werde ich bei meiner Arbeit als Europaabgeordneter auch weiterhin unterstützen.

Meine Damen und Herren,
ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!